

Wir, die Klimaliste Marburg / Marburg-Biedenkopf, haben Nadine Bernshausen und Dr. Thomas Spies um die Beantwortung einiger Fragen gebeten. Die Antworten sollten uns und unseren Wähler*innen als Hilfestellung für die bevorstehende Stichwahl am kommenden Sonntag, den 28.03.21 dienen. Auf Nachfrage hat Frau Bernshausen dann doch noch ihre Antworten nachgereicht.

Unsere Anfrage lautete:

„Sehr geehrte Frau Bernshausen, sehr geehrter Herr Spies,

als Vertreter*innen der Klimaliste Marburg / Marburg-Biedenkopf fordern wir eine konsequente Klimapolitik. Als Oberbürgermeister*in tragen Sie nicht nur eine große Verantwortung, Sie verfügen auch über weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten. Um einen guten Eindruck davon zu erhalten, wer von Ihnen beiden unseren politischen Forderungen am weitesten entgegenkommt, haben wir einige zentrale politische Forderungen aus unserem Wahlprogramm ausgewählt. Wir bitten Sie um eine Stellungnahme. Unterstützen Sie die Forderungen? Wenn ja, welche **konkreten** Maßnahmen wollen Sie umsetzen? Wenn nicht, welche Alternativen schweben Ihnen vor, um in den genannten Bereichen Fortschritte zu erzielen?

Außerdem fragen wir: Mit welchen Parteien wollen Sie im Stadtparlament zusammenarbeiten bzw. eine Regierungskoalition bilden?

Ihre Antworten wollen wir auf unserer Internetseite sowie in den Sozialen Medien veröffentlichen. Bitte senden Sie uns Ihre Antworten **bis zum 25.03.2021 um 17 Uhr** zu. Falls Ihnen das aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein sollte, bitten wir um kurze Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen,
die Klimaliste Marburg / Marburg-Biedenkopf“

1. Wie stehen Sie zu unserer Forderung eines sofortigen Verbots der Neuinstallation von Öl- und Gasheizungen?

Spies:

Ich unterstütze diese Forderung uneingeschränkt. In Marburg gab es bereits einmal die sog. „Marburger Solarsatzung“. Diese hat vorgeschrieben, dass neue Heizungen nur noch mit regenerativer Energie betrieben werden dürfen.

Diese Satzung wurde durch das Land aufgehoben. Anschließend hat die Mehrheit im Landtag das Landesrecht so geändert, dass Städte definitiv keine solche Regelungen machen dürfen. Das hat mich persönlich sehr geärgert, und es ist auch unnötig gewesen. Deshalb muss der Landtag das Gesetz erst wieder ändern, damit Städte so eine richtige und wichtige Regelung treffen können. Als Landtagsabgeordneter habe ich das aktiv betrieben. Gerne greife ich diesen Vorstoß nochmal auf und bringe ihn erneut in die Gremien der Hessen-SPD ein.

Bernshausen:

Der Betrieb von Öl- und Gasheizungen ist weltweit maßgeblich am CO₂-Ausstoß und damit auch wesentlich für die Klimaerwärmung verantwortlich. Als Oberbürgermeisterin werde ich meinen Einfluss geltend machen, damit das Stadtparlament bei der Aufstellung neuer Bebauungspläne grundsätzlich erneuerbaren Energien den Vorrang gibt. Soweit derzeit rechtlich möglich sollten neu installierte Heizungen nicht fossil betrieben werden dürfen.

Die Neuinstallation von Heizungsanlagen ist insgesamt gesehen das kleinere Problem. Die Umstellung bestehender Heizungsanlagen wird im Verbund mit der energetischen Sanierung des Marburger Ge-

bäudebestands die große Aufgabe der kommenden Jahre sein, weil die überwiegende Anzahl der Heizungen einen völlig veralteten Standard hat. Auf Grund des eigentumsrechtlich garantierten Bestandschutzes kann man Menschen auch nicht ohne Weiteres verpflichten, sich eine neuere effektivere Heizung einzubauen. Daher möchte ich

1. die energetische Sanierungsquote der stadteigenen Liegenschaften derart steigern, dass diese Gebäude bis 2030 klimaneutral betrieben werden können;
2. mit einem städtischen Förderprogramm private Hausbesitzer*innen und Unternehmen dazu motivieren und bewegen, ihre Gebäude bis spätestens 2030 klimaneutral zu machen. Diese mit Landes- und Bundesprogrammen kombinierbaren Förderprogramme sollen sich technologieoffen bei der Förderung an der jeweils eingesparten CO₂-Menge einer Bau- bzw. Sanierungsmaßnahme bemessen;
3. mit der Anwendung und darüber hinaus auch mit einer deutlichen Aufstockung der bereits seit 2011 vorhandenen Fördermöglichkeiten die energetische Sanierung des Gebäudebestands der großen Wohnungsbaugesellschaften deutlich beschleunigen. Ich werde mich als Oberbürgermeisterin nicht nur auf die Kooperation mit der (weitgehend stadteigenen) GeWoBau beschränken. Die Nassauische Heimstätte/Wohnstadt GmbH, den Bau- und Sparverein und die GWH möchte ich integral in diese Prozesse einbeziehen. Es ist ein Versäumnis, dies bislang nicht anzugehen. Um in diesem Bereich die Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen werden erhebliche Haushaltsmittel nötig werden. Dazu braucht es natürlich die mutige Unterstützung einer stabilen politischen Zusammenarbeit und eine klare Haltung bei der Verabschiedung der Haushalte.

2. Wir fordern ein Tempolimit von 30 km/h im Innenstadtbereich sowie 20 km/h in Wohngebieten und verfolgen langfristig das Ziel einer autofreien Innenstadt (für den motorisierten Individualverkehr). Wie stehen Sie dazu?

Spies:

Ich teile diese Ziele und habe sie bereits überall da, wo es heute möglich ist, umgesetzt. Zum Beispiel habe ich in der Frankfurter Straße Tempo 30 angeordnet. Letzte Woche habe ich die Anordnung für Tempo 30 in der ganzen Marbach von der Elisabethkirche bis zu den Behringwerken unterschrieben, die Schilder sind bestellt. Das war rechtlich sehr schwierig, aber wir haben es lösen können. Wo möglich, habe ich verkehrsberuhigte Bereiche (die sog. „Spielstraße“ in Wohngebieten) eingerichtet und setze das sehr konsequent und manchmal ziemlich kreativ um.

Größtes Hindernis ist die Straßenverkehrsordnung, die sehr detaillierte Festlegungen hat und manchmal kreativ interpretiert werden muss, um dem Ziel der konsequenten Verkehrswende nachzukommen. Deshalb geht der Prozess mir zu langsam, wird aber konsequent umgesetzt. Ich arbeite seit vielen Jahren und nicht ohne Erfolg in allen Gremien daran, dass die StVO zugunsten der Verkehrswende geändert wird.

Für die langfristige Verkehrswende orientiere ich mich persönlich an Kopenhagen, wo man weiter ist als hier. Für den Herbst habe ich Jan Gehl nach Marburg eingeladen. Jan Gehl ist der Stadtplaner, der für die Verkehrswende in Kopenhagen die Federführung hatte. Unser Stadtplaner war auch schon dort. Zudem habe ich eine Mobilitätsplanerin eingestellt, damit wir in Mobilität von Menschen und nicht Verkehr von Maschinen (Autos) denken. Nur so geht Verkehrswende.

Im Moment lasse ich ein großes Mobilitätskonzept für die ganze Stadt erstellen, um die Verkehrswende voranzubringen. Fast 4000 Menschen haben sich an der Bürgerbefragung beteiligt, rund 1000 Seiten Freitext sind zusammengekommen. Das ist das größte Beteiligungsprojekt zur Verkehrswende weit und breit. Parallel werden die Wege von Menschen untersucht, damit für alle gute Alternativen zum Auto angeboten werden können. Denn inzwischen wohnen zwei Drittel der Menschen, die in Marburg arbeiten, nicht in Marburg. Das sind überwiegend diejenigen, die wenig verdienen: Krankenpfleger*innen, Kassierer*innen, Angestellte. Verkehrswende kann nur gelingen, wenn wir für diese Menschen Alternativen zum sog. motorisierten Individualverkehr haben. Im Herbst werden die Vorschläge der Gutachter vorgestellt und dann werden wir in der Stadtgesellschaft und in der Stadtverordnetenversammlung miteinander besprechen, welche Wege zur Verkehrswende wir weitergehen.

Marburg lag im ADFC-Fahrradklimatest 2015 auf Platz 87 von 100 Städten unserer Größenklasse. Heute sind wir auf Platz 14 von 110. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, aber noch lange nicht zufrieden sein können.

Bernshausen:

Der Deutsche Städtetag fordert seit langem, dass die Regelgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften von Tempo 50 auf Tempo 30 reduziert wird. Diese Forderung, die ich nachdrücklich unterstütze, müsste die Bundesregierung in der Straßenverkehrsordnung umsetzen.

Solange es eine solche bundesgesetzliche Regelung nicht gibt, ist mir die flächendeckende Durchsetzung von Tempo 30 im Marburger Stadtgebiet ein großes Anliegen. Als Oberbürgermeisterin werde ich mich dafür einsetzen, dass wir in Marburg alle bislang bereits in der Straßenverkehrsordnung uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausnutzen, um das zu erreichen – und das deutlich konsequenter als bisher. Eine Tempo 20 -Regelung in Wohngebieten sieht die bundesgesetzliche Straßenverkehrsordnung nicht vor. Dennoch werde ich gerne prüfen, welche Möglichkeiten wir kommunal haben, dieses Ziel umzusetzen. Sicherlich werden wir dabei die Gegebenheiten vor Ort und die Beteiligung der Anwohnenden berücksichtigt müssen. Auch kann in manchen Gebieten die Einrichtung von Spielstraßen gesteigert werden. Diese Möglichkeit sollte noch viel stärker genutzt werden.

Auch als Oberbürgermeisterin werde ich leider nur Maßnahmen zu Geschwindigkeitsreduzierungen rechtssicher durchsetzen können, die mit der Straßenverkehrsordnung vereinbar sind. Seit Beginn der Bundesrepublik haben Bundesverkehrsminister*innen von CDU, SPD und CSU immer verhindert, dass Kommunen die Zuständigkeit bekommen, diese Fragen vor Ort zu regeln. Auch dabei hoffe ich nach der Bundestagswahl auf viel Rückenwind aus Berlin. Dazu können Sie beitragen.

3. Stichwort Flächenversiegelung und Baugebiete im Außenbereich: Wie möchten Sie es konkret erreichen, den sozialen Wohnungsbau und insgesamt den Bedarf an Wohnungen zu fördern, ohne ihn gegen den Natur- und Klimaschutz auszuspielen? Wie stehen Sie insbesondere zu neuen Wohngebieten im Außenbereich und hier auch speziell zu den möglichen Verkehrsanbindungen (wenn ein Gebiet neu erschlossen wird, wird auch schnell der Ruf nach neuen Straßen laut)?

Spies:

Erstens: sozialer Wohnungsbau gehört dorthin, wo auch Menschen mit mittleren und höheren Einkommen wohnen. Nur so kann der soziale Zusammenhalt gestärkt und Aussonderung verhindert werden. Das ist mir sehr wichtig!

Zweitens: in Marburg haben wir in den letzten Jahren fast alle versiegelten Flächen, die man in Wohngebiete umwandeln kann, dafür genutzt. Es sind nur noch wenige Stellen vorhanden, z. B. in der Temmlerstraße. Diese werde ich nutzen – ist schon in Vorbereitung.

Drittens: wir haben am Hasenkopf und im Osten der Stadt (Bauerbach, Schröck, Moischt) Flächen, die man nutzen kann, ohne neue Straßen zu bauen, und zwar aus zwei Gründen:

- Menschen, die in Marburg (und nicht weit außerhalb) wohnen, nutzen sehr viel häufiger den ÖPNV und das Fahrrad
- Wenn dort mehr Menschen leben, dann kann man auch leichter den ÖPNV deutlich verbessern – leere Busse sind nicht klimafreundlich, so lange sie nicht alle mit Ökostrom fahren.
- Die Radverbindungen von dort werden gerade ausgebaut – dann fahren auch mehr Menschen Fahrrad
- Auf jeden Fall reichen dort die vorhandenen Straßen.

Viertens: die Stadtplanung arbeitet an einem Konzept dafür, in neuen Baugebieten konsequent klimafreundliches Bauen (geringstmögliche Versiegelung, Brauchwassernutzung, klimaneutrale Heizung, Dach- und Fassadenbegrünung, viel Freiraum, autoarme oder autofreie Wohnbereiche) umzusetzen. Der Klimabeirat wird uns dabei beraten.

Fünftens: damit wir das alles umsetzen können, sollte es neue Baugebiete nur dort geben, wo zumindest große Teile des Bodens der Stadt oder einer städtischen Gesellschaft gehören. Dann kann Klimaschutz und soziales Bauen viel leichter umgesetzt werden. Dazu brauche ich dann einen Stadtverordnetenbeschluss und hoffe auf die Unterstützung durch die Klimaliste.

Bernshausen:

Zu Thema Flächenversiegelung habe ich als Grüne eine klare Vorstellung. Ich möchte mich als Oberbürgermeisterin vehement dafür einsetzen, dass Flächenverbrauch und Bodenversiegelung in Marburg gemindert werden.

Ferner sollten wir in Marburg Flächen zur Entsiegelung identifizieren und deren Entsiegelung Schritt für Schritt umsetzen.

Als Oberbürgermeisterin möchte ich mich deutlich dafür einsetzen, dass neue Baugebiete klimaneutral errichtet werden, wenn klar ist, dass es keine durchgreifenden naturschutzrechtlichen Bedenken gegen das Gebiet gibt. Neben der Bodenversiegelung müssen wir uns der Frage der Baustoffe zuwenden. CO₂-bindende Baumaterialien sind lohnenswerte Stichpunkte.

Jedes neue Baugebiet ist eine infrastrukturelle Herausforderung. Unter dem Vorzeichen der Klimaerhitzung gilt dies besonders für die Verkehrsanbindungen. Hierzu müssen alle Möglichkeiten und Chancen genutzt werden, dass die Nutzung des PKWs nicht mehr nötig sein muss – egal ob elektrisch oder fossil betrieben. Diese Lösungen können aber nur gemeinsam mit den künftigen Bewohner*innen entwickelt werden. Einen neuen Stadtteil auf den Lahnbergen lehne ich ab.

Den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum wollen wir zudem nicht allein durch Neubau, sondern auch im Bestand decken. Konkrete Instrumente sind für uns in diesem Zusammenhang unter anderem:

- Prüfung des Ankaufs von Belegungsrechten zur Schaffung neuer Sozialwohnungen im Gebäudebestand,
- eine Mietendeckelung bei der GeWoBau auf dem Niveau von 7,50 Euro/m², kalt.

Zur Schaffung des benötigten, bezahlbaren Wohnraums möchte ich zudem prüfen, ob bisher vornehmlich gewerblich genutzte Gebiete nach Möglichkeit zu Mischgebieten umgewandelt werden können, um Wohnraum auf bereits versiegelten Flächen schaffen zu können. In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Aufstockung von Bestandsgebäuden verstärkt in den Blick nehmen und hier in den Dialog mit den beteiligten Akteuren treten, um Potenziale auszuloten.

4. Wir fordern eine schnelle und weitreichende Umstellung öffentlicher Kantinen (inkl. Verpflegung in Kindergärten, Schulen und der Universität) auf regionale, saisonale, biologische und fair gehandelte Lebensmittel. Dabei sehen wir den gezielten Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten im Zentrum. Welche Konzepte wollen Sie zu diesem Thema umsetzen?

Spies:

In den Marburger Schulen und KiTas ist das bereits umgesetzt. In den KiTas wird möglichst selbst gekocht, bio, fair, regional, damit die Kinder konsequent an gesunde regionale Ernährung herangeführt werden. In den Schulen ist es genauso, allerdings beauftragen wir hier soziale Dienstleister.

Insgesamt sehe ich viel Vorteile und weitere Entwicklungspotentiale im Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten. Hierfür ist der Austausch auch mit dem neu gegründeten Ernährungsrat sehr wertvoll und erkenntnisreich. Dort, wo wir städtische Flächen für regenerative Landwirtschaft nutzen können, sollten wir die Gelegenheit weiter und noch mehr nutzen, um einen Beitrag zur regionalen Lebensmittelproduktion durch Solidarische Landwirtschaft zu leisten.

Neben der Unterstützung für den Weltladen und verschiedene Projekte solidarischer Landwirtschaft (SoLaWis) plane ich eine spezielle Förderung für die Neugründungen von Läden / Anbietern regionaler, nachhaltiger Produkte. Hier werden gerade die Möglichkeiten, die uns das Kommunalrecht lässt, ausgelotet.

Bernshausen:

In Bezug auf Schulen und Kindergärten ist dies in Marburg bereits seit vielen Jahren die Beschlusslage. Es fehlte nur im Magistrat und bei den Oberbürgermeistern die Konsequenz, dies auch umzusetzen. Dort möchte ich als Oberbürgermeisterin konsequent ansetzen. Dabei ist die Frage der Vertriebswege für regionale Landwirtschaftsprodukte besonders wichtig. Ein gesicherter Absatz für die regionale Bio-Landwirtschaft in Marburger Kantinen hilft beiden Seiten. Das funktioniert aber nicht einfach per Beschluss. Ich möchte dabei die Köch*innen, die Caterer und natürlich auch die Betriebs- und Personalräte mitnehmen. Denn Beschlüsse, die über die Köpfe der Betroffenen hinweg gefasst werden, sind in der Regel weder erfolgreich, noch bringen sie die Sache weiter, weil sie schlichtweg nicht umgesetzt werden.

Auf die Universität möchte ich in dieser Frage, die mir auch ein persönliches Anliegen ist, wieder zugehen. Als Oberbürgermeisterin kann ich nicht in die Selbstverwaltung von Universität und Studenten*innenwerk eingreifen. Wo ein gemeinsames Engagement von Universität, Student*innenwerk und Stadt in dieser Frage möglich ist, werde ich dies vorantreiben.

5. Wie wollen Sie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen langfristig und flächendeckend etablieren?

Spies:

BNE basiert auf Partizipation und Gestaltungskompetenz im lebenslangen Lernen für alle Generationen, in allen Bildungsbereichen, zu allen Themen der nachhaltigen Entwicklung, um die gesellschaftlichen Transformationen zu einer solidarischen, gerechten, ökologischen Gesellschaftsform zu gestalten. BNE ist damit vor allem auch als eine politische Bildungsarbeit im Sinne der SDGs zu verstehen.

BNE muss deshalb im schulischen / außerschulischen Bildungsbereich, aber auch in der Erwachsenenbildung ausgebaut werden. Deshalb unterstützen wir bereits die regionalen BNE Netzwerkkoordinationsstelle beim kollektiv von morgen e.V. in Marburg.

Konkrete Schritte wären:

- Mit dem Haus der Nachhaltigkeit, das ich im „Kerner“ einrichten will, soll ein gemeinsam entwickeltes regionales Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeitsorientierung entstehen, in dem (auch) BNE-Angebote entwickelt, gefördert und koordiniert werden.
- Öffentlichkeitsarbeit für konkrete Nachhaltigkeit in der Region ausbauen, wie es bereits in der Kampagne „Kauf lokal“ angelegt ist und weiter ausgebaut werden soll
- Stärkung des BNE-Netzwerks in der Region durch politische Beschlüsse und finanzielle Förderung
- Ausbau von Konzepten des BNE in den Fortbildungen des Jugendbildungswerks (findet grundsätzlich schon statt) und in der lokalen Bildungsplanung
- Ich möchte, dass wir – wenn es durch die Verwaltung neben der Umsetzung Klimaaktionsplan geleistet werden – uns für als Modellkommune für Weiterentwicklung und Implementierung von BNE beim BNE Kompetenzzentrum bewerben.
- Ich werde prüfen lassen, ob es in der aktuellen Situation leistbar ist, sich mit der Stadt Marburg für das Programm „Schule der Nachhaltigkeit“ zu bewerben und daran mitzuwirken, damit unsere Schule Nachhaltigkeit erlebbar machen.
- Der Bereich Klimabildung im Klimaaktionsplan muss noch detaillierter ausgearbeitet werden. Sinnvoll erscheinen mir Strategiewerkstätten, in denen die lokalen Akteure aus den verschiedenen Bildungsbereichen Ziele, Maßnahmen und konkrete Schritte für die kommenden Jahre bis 2030 entwickeln können.

BNE und Nachhaltigkeit müssen auch Bestandteil von Fortbildungen für Mitarbeitender Stadtverwaltung und insbesondere in der Einführungsfortbildung von Nachwuchs-Führungskräften berücksichtigt werden.

Bernshausen:

Das Netzwerk BNE möchte ich als Oberbürgermeisterin als städtischen Partner besser etablieren. Darüber hinaus möchte ich Initiativen wie die „Globale“ oder das Hanflabyrinth fördern und an der BNE beteiligen. In den Schulen möchte ich in Abstimmung mit dem staatlichen Schulamt Lehrer*innen und Schüler*innen gewinnen, die die BNE in den Schulen aktiv vorantreiben. Die gewonnenen Strukturen der FFF könnten dafür sicherlich ein geeigneter Ansatzpunkt sein.

6. Wir fordern bis 2030 eine Gemeinwohl-Bilanzierung aller öffentlichen und privaten Unternehmen als Grundlage des zu zahlenden Gewerbesteuersatzes. Wollen Sie dies unterstützen?

Spies:

Ja! Wirtschaft ist für mich kein Selbstzweck, sondern muss immer auch den Menschen dienen und das Leben besser machen. Das bedeutet, sich nicht nur am wirtschaftlichen Ertrag, sondern mindestens genauso an Gemeinwohlkriterien zu orientieren.

Für die städtischen Unternehmen habe ich das bereits eingeleitet: die Stadtwerke haben eine erste Gemeinwohlabilanz vorgelegt, die Sparkasse misst sich an einem Nachhaltigkeitscodex der Sparkassen, der weitgehend identisch ist und an einigen Punkten sogar darüber hinaus geht. Für die GeWoBau plane ich das ebenfalls.

Ich unterstütze auch (und schon lange), dass wir die Gemeinwohlorientierung in die Besteuerung von Unternehmen einfließen lassen. Dazu wäre die Gemeinwohlabilanz eine gute Grundlage. Ich habe bereits das Steueramt beauftragt, zu prüfen, ob und wie wir das im Rahmen der geltenden Steuergesetze machen können. Das ist sehr schwierig – Kommunen dürfen im Moment nur einen einheitlichen Gewerbesteuersatz festlegen, aber nicht damit das Verhalten der Unternehmen steuern. Hier werden wir gemeinsam daran arbeiten müssen, dass wir diese wichtige und hilfreiche Möglichkeit bekommen.

Bernshausen:

Die Gemeinwohlabilanzierung für die Universitätsstadt und ihre Unternehmenstochter ist bereits beschlossen. Für die Stadtwerke wurde eine solche Bilanzierung vorgelegt – mit m.E. mäßigem Erfolg. Ich werde mich dafür einsetzen, dass auch die Stadtverwaltung und die anderen Unternehmenstochter diesen Weg gehen, und das mit einem deutlicheren Gewicht auf die Ziele des Marburger Klimanotstandsbeschluss und der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“. Darüber hinaus werde ich mich dafür einsetzen, dass die Verwaltung bei allen Ausschreibungen die Regelungen des hessischen Tariftreue- und Vergabegesetzes umsetzt, so wie es die Stadtverordnetenversammlung 2015 auf Antrag der Grünen beschlossen hat.

Auch wenn ein Gewerbesteuersatz in Abhängigkeit vom Ergebnis der Gemeinwohlabilanz eine interessante Möglichkeit darstellt, deren Prüfung sich sicherlich lohnen würde, bliebe das doch in der Stadt Marburg ein Gedankenspiel. Ich halte es nicht für sinnvoll, sich auf Maßnahmen zu verlegen, für die es keine gesetzliche Umsetzungsmöglichkeit für die Kommune gibt. Das Gewerbesteuerrecht kennt weder die Gemeinwohlabilanz noch die differenzierte Ausgestaltung des Gewerbesteuerhebesatzes. Daher hat die Stadt Marburg hier keine Grundlage. Als Stadt sollten wir aber auf jeden Fall mit denjenigen Unternehmen ins Gespräch kommen, die besonders wichtig zum Erreichen der Marburger Klimaschutzziele sind.

7. Was halten Sie von Bürger*innenräten und wo sehen Sie Potentiale, diese einzusetzen?

Spies:

Vorab: ich verstehe unter Bürger*innenräten Gremien, die aus zufällig ausgewählten Bürger*innen bestehen.

Das finde ich ein sehr gutes Konzept. Ich bin ein großer Fan des rationalen Diskurses, in dem man versucht, möglichst herrschaftsfrei alle Interessen zusammenzubringen.

In Beteiligungsverfahren beteiligen sich häufig nur bestimmte Gruppen: am lautesten sind weiße ältere

Männer aus der Mittelschicht. Deshalb ist ein Kerngedanke des Marburger Beteiligungskonzepts, dass ich angestoßen und das mit breiter Beteiligung erarbeitet wurde, genau das: Beteiligung sollte einigermaßen repräsentativ sein und insbesondere die ansprechen, die sich nicht sowieso beteiligen. Dazu habe ich auch einen eigenen Fachdienst für Bürgerbeteiligung eingerichtet, der sehr konsequent darauf achtet, dass Beteiligung wirklich möglichst alle einbezieht.

Wir haben das Konzept „Bürger*innenrat“ schon bei verschiedenen Gelegenheiten in Ansätzen umgesetzt, zum Beispiel beim Beteiligungsbeirat der Stadt Marburg. Der Beteiligungsbeirat berät uns dabei, wie Beteiligungsverfahren so gemacht werden können, dass sie möglichst viele Menschen ansprechen. Dazu haben wir etwa 1000 zufällig ausgewählte Bürger*innen angeschrieben und gefragt, ob sie dabei mitmachen wollen. Es gab etwa 80 Rückmeldungen. Das waren allerdings viel zu viele für ein arbeitsfähiges Gremium. Deshalb haben wir unter diesen „gewichtet“ gelöst. D. h. wir haben nach Gruppen gelöst: Altersgruppen (jung, mittel, älter), Frauen und Männer, mit und ohne Migrationshintergrund und nach Stadtteilen. Das war nötig, weil sich Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, jüngere Menschen und insbesondere Menschen aus benachteiligten Stadtteilen deutlich weniger melden, aber alle einigermaßen gleichmäßig vorkommen sollen.

Die Erfahrung damit ist sehr gut, und ich möchte das weiter ausbauen. Ich sehe zwei Arten von Aufgaben, mit denen ich Bürger*innenräte als nächstes einsetzen würde:

- Konkrete Stadtplanung, z. B. wenn ein Stadtteil weiterentwickelt werden soll.
- Vorbereitung von Grundsatzfragen und strategischen Zielen der Stadt, wo einfach viele Interessen zusammenkommen und in Einklang gebracht werden müssen.
- Auch die Idee, dass Bürger*innenräte z. B. Bürgerentscheide oder vielleicht auch andere, wichtige, breit diskutierte Fragen begleiten und eine möglichst neutrale Erklärung erarbeiten, finde ich eine sehr gute Idee.

Wichtig ist, dass vorher genau klar ist, was ein solcher Bürger*innenrat genau tun / empfehlen / entscheiden kann und was nicht – es gibt ja für viele Entscheidungen gesetzliche Vorgaben.

Bernshausen:

Bündnis'90/Die Grünen haben im letzten Herbst Bürger*innenräte in ihr Grundsatzprogramm geschrieben haben. Ich sehe hier in der Tat eine gute Möglichkeit, die Beteiligung von Bürger*innen weiterzuentwickeln. Die in der letzten Wahlperiode in Marburg entwickelten Beteiligungsinstrumente haben in meinen Augen zu sehr den Charakter, die Politik des Magistrats zu legitimieren. An vielen Stellen scheinen sie eher ein „Beschäftigungsprogramm für Interessierte“ mit dem Ergebnis, dass viel Zeit ins Land geht und nur wenig passiert. Ein Modell für Bürger*innenräte zu entwickeln, stellt eine spannende und lohnende Herausforderung für als mich als Oberbürgermeisterin und für die kommende Periode der Stadtverordnetenversammlung dar.

Zusatzkommentar von Dr. Thomas Spies

Erlauben Sie mir noch einen Kommentar an dieser Stelle:

Nachhaltigkeit und auch Klimaneutralität sind wichtige Ziele auf dem Weg. Aber ich betrachte beides mehr und mehr lediglich als einen Meilenstein auf dem Weg zu einem eigentlich anderen, größerem Ziel. Fast 50 Jahre nach dem gleichnamigen Bericht an den Club of Rome erleben wir heute die Grenzen des Wachstums. Das trifft auf die Klimakrise, Artenvielfalt und auch auf die Corona Pandemie als Konsequenz des Raubbaus an Habitaten von Wildtieren zu.

Nachhaltigkeit ist ein eher neutraler Zustand. Der Status Quo bleibt erhalten. Angesichts der bereits stattgefundenen Zerstörung und Über-Nutzung von Quellen und Senken braucht es aber die Regeneration von Ökosystemen. Und auch wir Menschen sind kleine wandelnde Ökosysteme und die meisten verstehen dann die (tägliche) Notwendigkeit nach Regeneration ziemlich schnell.

Klimaneutralität ist ein großes Ziel. Aber für die Zeit danach sollten wir uns vornehmen, dass gerade Marburg als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort eine Klima-regenerierend Entwicklung andenkt,

mit der Marburger Stadtgebiet nach 2030 jedes Jahr ein bisschen mehr CO₂ gebunden wird als gleichzeitig ausgestoßen wird.

Antwort von Frau Bernshausen zur Frage nach Regierungskoalitionen

Über Fragen der Koalitionsbildung kann und werde ich auch als Oberbürgermeisterin nicht entscheiden. Unsere neue Fraktion und die Stadtmitglieder von Bündnis'90/Die Grünen werden in den nächsten Wochen darüber entscheiden, wie die Gespräche zur Bildung eines handlungsfähigen Magistrates geführt werden. Das ist die basisdemokratische Tradition meiner Partei. Dabei wird für den Fall, dass wir eine Regierungskoalition bilden sollten, sicher entscheidend sein, mit welchen Parteien/Listen und in welcher Konstellation wir möglichst viele und wichtige grüne Inhalte in einem Vertrag festschreiben können. Klimaschutz wird dabei zweifellos ein zentrales Anliegen sein. Nach der Stichwahl werden wir Grüne dazu die Gespräche mit den demokratischen Kräften im Stadtparlament beginnen – selbstverständlich auch mit der Klimaliste.